Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7.50 Mark, vierteljährlich 22.50 Mk., durch die Post monatl. 6.25 Mk., vierteljährl. 24.75 Mk. einschl. Zustellungsgebühr. Bestellungen werden von allen Reichspostanstalten angenommen. Im amtlich. Zeitungsverzeichnis unter „Saale-Zeitung" eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Saale-Zeitung" gestattet. Fernr. der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abtlg. Nr. 1153 u. 1133, der Bezugs-Abtlg. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Fünfundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise: Die 5 gespaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen die 92 mm breite Millimeterzeile 2.50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen u. sämtliche Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort: Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Montags 1 mal. Schriftleitung und Haupt-Geschäftsstelle: Halle, Neue Promenade 1a, Fr. Brauhausstr. 17. Neben-Geschäftsstellen: Große Ulrichstraße 52 und Markt 24. Postscheck-Konto Leipzig Nr. 4604.

Nr. 17. **Halle, Mittwoch, den 12. Januar 1921.** **Einzelpreis 20 Pfg.**

Demokratie und Vaterland.

Demokratie und Diktatur.

V.

Während die Stellung der Demokratie zur monarchischen Frage und zum Sozialismus immerhin einiger Unklarheit unterliegen konnte — die aber wohl durch unsere bisherigen Ausführungen in dieser Artikelreihe beseitigt sein dürfte — kann die Stellung zu jeder Art von Diktatur nicht im geringsten zweifelhaft sein. Diktatur bedeutet die Gewalt einer Minderheit über eine Volksmehrheit. Während die Diktatur einer geistig und kulturell hochstehenden Führerschaft, die aber immerhin ihr Mandat doch wieder von einem, eine Mehrheit repräsentierenden Kulturvolke haben muß, über eine zivilisatorisch niedrig stehende Volksmehrheit eine kolonisatorische Notwendigkeit sein kann, ist die Diktatur einer zivilisierten Nation schlechterdings unwürdig. Ein sittlich reifes Volk muß in sich selbst den Willen und die Kraft haben, durch allgemeines Vertrauen an die Spitze gestellten Führern in gegebenen Fällen restlos Gefolgschaft zu leisten und sich dem Mehrheitswillen entgegenstemmende Minderheiten unschädlich zu machen. Wenn ein Volk nach einem Diktator schreit, statt nach dem Vollstrecker eines Mehrheitswillens, so erklärt es sich selbst als sittlich und politisch unreif.

Die Form der Diktatur kann ausgeprägt sein in der absoluten Monarchie, ja selbst in monarchischen Verfassungen, die auf Druck von unten herauf Konzessionen an die Volkswünsche gegeben haben. Erst wenn der Mehrheitswillen eines Volkes sich mit der monarchistischen Staatsform in welcher Form auch immer abgefunden hat und — was überaus wichtig ist — sich ein Mitbestimmungsrecht bei der Wahl oder der Beseitigung eines Monarchen und bei den Handlungen des Staatsoberhauptes gesichert hat, verliert diese Staatsform den diktatorischen Charakter. Trotzdem bedeutet auch diese Form stets bis zu einem gewissen Grade eine Selbstentmannung des Volkes, das sich nicht fähig fühlt, die Führung seiner Geschicke bis zur letzten Konsequenz selbst in die Hand zu nehmen.

Eine andere Form der Diktatur kann — und solchen Zustand erleben wir gegenwärtig — von einer Volksminderheit nach einer Revolution zur Durchführung revolutionärer Ziele erstrebt werden, die einer nach widerstrebenden Volksmehrheit angeblich zu ihrem eigenen Wohle aufgezwungen werden sollen. Gesetzt selbst den Fall, daß die Träger solchen Diktaturgedankens das Beste für ihre Volksgenossen wollen, so hat diese Diktatur doch nur eine vorübergehende Berechtigung so lange, bis sie durch eine von der Volksmehrheit gebilligte und in Gesetz und Recht verankerte Reform ersetzt worden ist. Sie muß also ihr Ende finden durch die Anrufung des Volkswillens, der souverän entscheidet. Das war bei dem Interregnum zwischen dem Zusammenbruch des alten deutschen Reiches und der Einzelstaaten und der Zusammenberufung der neuen gesetz- und verfassunggebenden Nationalversammlung der Fall.

Seitdem der Mehrheitswille des deutschen Volkes dem deutschen Volksstaate eine neue bindende Verfassung gegeben hat, ist das Erstreben der Diktatur einer Minderheit zur Beseitigung dieser Verfassung hochverräterisches Beginnen, gegen das sich die Volksmehrheit mit allen ihr zur Verfügung stehenden verfassungsmäßigen Mitteln nicht nur das Recht, sondern die Pflicht zu wehren hat. Ganz besonders hat sie dies Recht und diese Pflicht, wenn die Diktatur offenkundig erstrebt, einem geringen Teil des Volkes, einer Klasse die absolute Gewalt über die anderen Volksteile zu bringen, um die Volksmehrheit mit allen Mitteln des Terrors zugunsten der herrschenden Minderheit zu entrechten.

Die einzige Möglichkeit, solchen Diktaturgelüsten erfolgreich die Spitze zu bieten, ist die klare Stellung der Volksmehrheit auf dem Boden der demokratischen Staatsauffassung, die auch die Mittel gibt, die Minderheit dem Willen der Mehrheit, wenn nötig, mit Gewalt zu unterwerfen. Auf diesem Wege allein kann die Staatsautorität erreicht werden. Und diese Staatsautorität wird um so fester sein, je mehr die Bevölkerung das Ungesunde und Unsittliche jeder Art von Diktatur, sei es von rechts, sei es von links, einsieht. Je breiter der Boden ist, welcher dem Mehrheitswillen unbedingte Geltung verschaffen will, desto weniger Aussicht auf Erfolg haben diejenigen, welche mit dem Gedanken der Entrechtung einer Volksmehrheit durch eine Minderheit nach dieser oder jener Richtung hin spielen.

Stärkung der Demokratie bedeutet also auch nach dieser Richtung Verhütung von Gefahren, die unser Wirtschaftsleben tötlich erschüttern können, sie bedeutet die Garantie, daß die Mehrheit des Volkes ruhig und friedlich an die Wiederaufbauarbeit herangehen kann. Deswegen mache sich unsere Leser verdient, wenn sie das Ihrige nach Kräften dazu tun, den demokratischen Gedanken in weiteste Kreise zu tragen. ⊙

Die Abtretung der Rheinschiffe.

Ueber den Schiedsspruch des amerikanischen Schiedsrichters in der Frage der Rheintonnage, des am 8. Januar ergangen ist, werden von zuständiger Stelle folgende Einzelheiten mitgeteilt:

Der Schiedsrichter hat entschieden, daß an Frankreich abzutreten ist: 1. Kahnraum in Höhe von 250 150 Tonnen, Schleppkraft in Höhe von 23 761 Pferdestärken.

2. Die Einrichtungen der Badischen Aktien-Gesellschaft für Rheinschiffahrt und Seetransport, die sie im Hafen von Rotterdam am 1. August 1914 besaßen.

3. 76 Prozent der Aktien der Rheinschiffahrt-Gesellschaft vormals Fendel-Mannheim.

4. Schiffsraum und Schleppkraft von Fendel wird auf Tonnage und Schleppkraft voll in Anrechnung gebracht.

Der Schiedsrichter ist davon ausgegangen, daß für Wiedergutmachungszwecke höchstens 14,34 Prozent Kahnraum und 2,2 Prozent Pferdestärken Schleppkraft von der Rheinflotte abzugeben sein werden.

Die Eisenbahner-Bewegung.

Das Ergebnis der Urabstimmung der Eisenbahnbeamten liegt für die ehemals preußisch-hessischen, sächsischen, oldenburgischen und mecklenburgischen Bezirke vor. Danach haben von insgesamt vorhandenen 319 732 Beamten nur 73,5 Proz., nämlich 235 000 an der Abstimmung teilgenommen. Für den Streik haben nach einer Mitteilung der Reichsgewerkschaft der Eisenbahnbeamten 132 953, also 60,3 Prozent der Beamtenschaft gestimmt. Es ist anzunehmen, daß bei Berücksichtigung der noch nicht vorliegenden Ergebnisse aus Bayern, Württemberg und Baden der Prozentsatz der für den Streik stimmenden Beamten noch wesentlich, voraussichtlich bis unter 50 Prozent zurückgeht.

Die amerikanischen Milchkühe.

Berlin, 11. Januar. Nach einer Blätterwelding aus Bremen ist am 8. Januar der amerikanische Dampfer „West Arrow" von Galveston abgegangen und trifft im Laufe dieses Monats mit 742 amerikanischen Milchkühen in Bremen ein.

Die Kosten der Besetzung.

Der Berliner Berichterstatter der „Daily Mail" will aus amtlichen alliierten Kreisen erfahren haben, daß die Kosten der Aufrechterhaltung der verschiedenen alliierten Besatzungstruppen seit dem Waffenstillstand betragen:

für das amerikanische Heer: 263 474 170 Dollar;
für das britische Heer: 51 900 890 Pfund Sterling;
für das französische Heer: 2 092 998 060 Franken;
für das italienische Heer: 15 207 717 Lire;
für das belgische Heer: 314 940 698 belgische Franken.

Außer den in natura erfolgten Lieferungen im Betrage von vielen Milliarden Mark habe Deutschland bisher in bar folgende Summen gezahlt:

für das amerikanische Heer: 608 Millionen Mark;
für das britische Heer: 266 Millionen Mark;
für das französische Heer: 1 427 841 000 Mark;
für das belgische Heer: 49 185 000 Mark.

Ein Vergleich zeige, daß die Unkosten des amerikanischen Heeres im Verhältnis zu dem des französischen phantastisch seien. Uebrigens beziffern nach neuester Schätzung amtlicher amerikanischer Persönlichkeiten die Unkosten für das amerikanische Heer jetzt täglich 80 000 Dollar.

Amerikas Ausscheiden aus dem Botschafterrat.

Ueber die Gründe, die die Regierung der Vereinigten Staaten veranlaßt haben, sich nicht mehr an den Sitzungen des Botschafterrats zu beteiligen, wird der Harasagentur aus Washington gemeldet. Obschon sich die Beamten des Staatsdepartements weigerten, diese Frage zu erörtern, gaben sie zu, daß die amerikanische Regierung auf der in der nächsten Woche stattfindenden Konferenz der Ministerpräsidenten nicht vertreten sein würde. Sie erkannten ferner an, daß der Botschafterrat den Vereinigten Staaten gestattet hat, nach dem Kriege Berührung mit der europäischen Lage zu haben. Sie müßte aber zugeben, daß eine weitere Vertretung Amerikas im Botschafterrat als Anormalie anzusehen sei, im Hinblick darauf, daß der amerikanische Senat den Friedensvertrag nicht ratifiziert habe. In der Meldung ist nicht gesagt, daß Amerika sich an den Verhandlungen der Wiedergutmachungskommission und der Rheinschiffahrtskommission beteiligen werde. Die betreffende Meldung der Radioagentur bestätigt sich demnach bisher nicht.

Die schwarze Schmach.

Die „Mainzer Volksztg." meldet: Die Regierung hat das Angebot der französischen Regierung, den Eltern des gelegentlich einer Tanzbelustigung in Ingelheim getöteten Mädchens aus Frankfurt 25 000 Franken Sühnegeld zu zahlen, als ungenügenden Schadenersatz abgewiesen.

Vom internationalen Arbeitsamt.

Der Verwaltungsrat des internationalen Arbeitsamtes des Völkerbundes, der heute seine eigentliche Arbeit beginnt, war gestern, wie die Frankf. Ztg. meldet, ziemlich vollzählig in Genf versammelt, um die Aussprache über seine Tagesordnung vorzubereiten. Er hat außer der Feststellung seines Budgets für 1921 das Programm für die nächste allgemeine Arbeitskonferenz auszuarbeiten, die voraussichtlich Ende Mai nach Genf einberufen werden wird.

Der deutsche Vertreter beim Arbeitsamt war gestern schon anwesend. An Stelle des verstorbenen Legien hat der frühere Arbeitsminister Wissell die vorläufige Vertretung der deutschen Arbeiterorganisation übernommen.

Von der Brüsseler Konferenz.

Der Berliner Korrespondent der „Daily News" meldet seinem Blatte die wichtigsten von den 41 Punkten, die in den der deutschen Regierung in Brüssel vorgelegten Fragebogen enthalten sind. Diese beziehen sich u. a. auf die Papiergeldpolitik der deutschen Regierung, die Besteuerung hervorragender Privatvermögen, die Ein- und Ausfuhr, Einfuhrverbote, Steuern, Staatseinnahmen und Ausgaben. Die Verwendung des auf Grund des Kohlenabkommens gezahlten Geldes, die Zahl der Staatsangestellten, die Kosten des Besatzungsheeres, deutsche Gelder im Auslande, die Arbeitslosenfrage und ihre Ursachen, die finanzielle Lage der Eisenbahnen und die Kohlensituation in Deutschland.

Der „Temps" bezeichnet es in seinem heutigen Leitartikel, der dem Jahrestag des Inkrafttretens des Versailler Vertrages gewidmet ist, als wünschenswert, daß die Frage der deutschen Abrüstung vor der Wiedergutmachungsfrage erledigt wird. Er bemerkt dazu: „Die Deutschen fühlen das wie wir." In dem Artikel wird ausgeführt, daß die französische Politik sich geduldig bemühe, zu der Entspannung zwischen Deutschland und Frankreich zu gelangen, die als die wesentliche Vorbedingung des europäischen Friedens zu betrachten sei. Trotz des Feldzugs, der von einigen Organen der deutschen Schwerindustrie gegen Frankreich geführt werde, und trotz der Beschuldigungen, die anderswo gegen Frankreich verbreitet würden, wie z. B. in der italienischen Zeitung „Tempo", führen die Franzosen fort, für die zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Streitfragen gerechte und realisierbare Lösungen zu suchen, in der festen Ueberzeugung, daß sie damit dem Wohle der Menschheit dienen. Der „Temps" erklärt zum Schluß, Frankreich würde im Notfalle nicht vor den etwa erforderlichen Repressalien zurückschrecken, aber es wünsche aufrichtig, daß Deutschland die gefährlichen Folgen der reaktionären Umriebe selbst erkenne und endgültig den Weg der Freiheit und des Friedens betrete.

In der „Information" berichtet der frühere Marine-Ingenieur Roch über die deutsch-französischen Rückerstattungs-Verhandlungen in den Jahren 1918/19 und ihren Zusammenhang mit den neuen Wiedergutmachungsvorschlägen Frankreichs. Er verweist besonders auf das Abkommen, das am 1. Februar 1919 in Spa von dem französischen Delegierten Charles Lefèvre und dem deutschen Delegierten Guggenheimer unterzeichnet wurde. Er führte aus, die Verhandlungen von 1918 und 1919 in Spa hätten gelehrt, daß eine Lösung derartiger Probleme immer möglich sei, wenn die Verhandlungen von Männern geführt werden, welche die einschlägigen Fragen wirklich beherrschen, das wahre Interesse ihres Landes erkennen und sich entschlossen auf den Geschäftsstandpunkt stellen. Frankreich habe damals schon den Grundsatz befolgt, den deutschen Industrieapparat nicht anzutasten, um Deutschlands Produktion nicht zu lähmen. Auf die Frage Guggenheimers, wie Deutschland seine Wiedergutmachungsschuld abtragen solle, habe Lefèvre geantwortet: „Wenn ich beauftragt wäre, euch zum Zahlen zu bringen, ohne euch zu erwürgen, würde ich gleichzeitig euer Bankier und euer Makler werden." Dank dem Abkommen von Spa habe Frankreich von Deutschland bis heute 300 000 To. Material im Werte von 1½ Millionen Franken zurückerstattet erhalten. Frankreich habe in einer Reihe von Fällen auf die Rückerstattung von Maschinen verzichtet, um die deutsche Produktion nicht einzuschränken und dafür aus Ersatz die Lieferung von neuem Material angenommen. Diese Methode haben den beiden Parteien Vorteile geboten. Der Wunsch, die Rückerstattung in der Form von neuem Material allmählich zur Wiedergutmachung in der Form von Warenlieferungen überzuleiten, habe zur Gründung des französischen Einkaufsbureaus in Deutschland geführt, das allerdings infolge der Verzögerung einer Verständigung über die Wiedergutmachung seine wahre Rolle nicht habe spielen können.

Preußische Landesversammlung.

202. Sitzung. Dienstag, 11. Januar, 2 Uhr nachmittags.

Berlin, 11. Januar. Das Haus ist gut besucht. Die Tribünen sind überfüllt. Die Besucher, unter denen sich sehr viele Krankenschwestern befinden, setzen sich zum überwiegenden Teil aus Hebammen zusammen.

Die zweite Lesung des Landwirtschaftshaushalts wird fortgesetzt. Es liegt hierzu u. a. ein Antrag der Demokraten vor, die Beteiligung des Staates bei den gemeinnützigen Siedelungs-Gesellschaften um den doppelten Betrag, mindestens 50 Millionen Mark zu erhöhen.

Minister Braun: Es besteht keine Notwendigkeit, das Landesökonomiekollegium, das in den letzten sechs Jahren überhaupt nicht mehr zusammenberufen worden ist, beizubehalten. Hinsichtlich des Siedelungswesens steht Preußen hinter keinem anderen Lande zurück. Gegen das Kesseltreiben gegen das preußische Landwirtschaftsministerium, als ob dieses die Siedlungsfrage verzögere, erhebe ich entschieden Widerspruch. Das Reichsarbeitsministerium scheint sich nicht, in dieses Treiben mit einzustimmen. In der Landarbeiterfrage würden sich die Arbeitgeber wohl demit abfinden müssen, den berechtigten Forderungen der Landarbeiter zu entsprechen.

Abg. Klausner (U. S.) protestiert gegen die Rede, welche schuld an der Kinderunterernährung trage. Die Rechte wünsche die Einführung ausländischer Arbeiter, weil diese anspruchsloser seien, wie die deutschen. Dem Arbeiter dürfe das Streikrecht nicht verkümmert werden. Wenn die sozialistische Regierung Reichsmittel für die Verbilligung der Düngemittel für die Landwirtschaft geben wollte, so würde sie sich selbst zum Schildhalter der Reaktion machen.

Nachdem der demokratische Abgeordnete Siemen den Antrag auf erhöhte Beteiligung des Staates bei gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften auf mindestens 50 Millionen Mark befürwortet hatte, erklärte Landwirtschaftsminister Braun, daß fremd-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210112017/fragment/page=0001

ländische Arbeiter nur dann hinzugezogen werden dürften, wenn deutsche Arbeiter nicht dem Bedarf entsprechend zu erlangen seien.

Damit schließt die Debatte. Unter Annahme der zum Etat gestellten Anträge wird der Landwirtschaftshaushalt angenommen. Die 50 Millionen für die Siedlungen werden bewilligt, desgleichen der Entwurf für die Bereitstellung von Mitteln zur Urbarmachung von staatlichen Mooren. Der Entwurf über die Bereitstellung von Staatsmitteln zur Selbstbewirtschaftung von Domänen gelangt sodann zur namentlichen Abstimmung.

Paragraph 1 gelangt mit 171 gegen 128 Stimmen bei fünf Stimmenenthaltung in der Fassung zur Annahme, daß statt der Forderung der Regierungsvorlage von 30 000 Hektar mit 180 Millionen Mark und 16 000 Hektar mit 60 Millionen Mark zur Selbstbewirtschaftung gelangen sollen. Ausgenommen sind Domänen für die bei der Neuausbildung ein angemessener Pachtzins bezahlt wird. Paragraph 2 wird unverändert angenommen.

Bei der namentlichen Abstimmung über Paragraph 3, wonach die Ausführung des Gesetzes durch die zuständigen Minister erfolgt, ergibt sich die Beschlußunfähigkeit des Hauses.

Nächste Sitzung 5½ Uhr. (Schluß 5 Uhr 20 Min.)

*

203. Sitzung. 5 Uhr 20 Min. nachmittags.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Lesung des Hebammengesetzes. Zunächst wird nach längerer Debatte der Antrag der Westen und des Zentrums auf Rückverweisung des Gesetzentwurfes an den Bevölkerungsausschuß abgelehnt. Als Dr. Wendl (U. S.) diesen Antrag als ein ruchloses Attentat auf die ganze Gesundheitspflege bezeichnete, erhob sich lebhafter Beifall auf den dichtbesetzten Tribünen. Vizepräsident Dr. Frenzel verbat sich alle Kundgebungen von der Tribüne, da er sie sonst sofort räumen lassen müßte.

Abg. Dainer (D. N.) kann den Entwurf, wie er aus der Kommission gekommen nur als Verfassungsbruch bezeichnen, während der Kommunist Adolf Hoffmann meint, es wäre ein Verbrechen, das Gesetz unter den Tisch fallen zu lassen. Die Deckungsfrage mache keine Sorge, dazu könnte man die Abfindungen für den hohenzollerischen Defizitfonds und die Aufbesserungen für die Geistlichen verwenden.

In der Debatte begründete Frau Ege (Soz.) die Notwendigkeit, für die Hebammen eine gesicherte Existenz zu schaffen. Die Kindersterblichkeit, die Zahl der Gefallenen zeigten, daß der Staat zwingen etwas für die Hebammen zu tun im Interesse der eigenen Wiedergeburt. Von einer Sozialisierung des Hebammenwesens könne keine Rede sein. Die christlichen Frauenvereine bewiesen wenig christliche Nächstenliebe, wenn sie an uns appellieren, das Gesetz nicht zu verabschieden. Auch wir sind mit dem vorliegenden Entwurf nicht zufrieden, erwarten vielmehr von der Reichsregierung eine entsprechende Erweiterung. Sache der deutschen Mütter ist es, dafür zu sorgen, daß die bürgerlichen Parteien nicht wieder zur Regierung kommen, dann werden wir für die völlige Unentgeltlichkeit der Wochenpflege sorgen können. Die Armen-Entbindungen müssen so gut wie vollkommen umsonst von den Hebammen geschehen. Die Hebammen sind so zu stellen, daß sie auf Nebenerwerb verzichten können. Auch für eine Altersversorgung der Hebammen muß gesorgt werden.

Hierauf wird die Weiterberatung auf Mittwoch, 11 Uhr vormittags, vertagt, außerdem namentliche Abstimmung betreffend Domänen und kleinere Vorlagen. (Schluß: 7 Uhr.)

Deutsches Reich.

Gegen die Amnestierung des Oberleutnants Vogel hat sich in linksstehenden Kreisen bereits eine Protestbewegung gezeigt. Die Auffassung, daß die Amnestie bereits rechtsgültig sei, ist jedoch irrig. Es handelt sich nur um den Beschluß der Strafkammer. Die Entscheidung liegt beim Berliner Landgericht II, das erst im Laufe der nächsten Woche Beschluß fassen wird. Wie wir hören, ist kaum daran zu zweifeln, daß das Landgericht der Auffassung der Strafkammer nicht beitreten und die Amnestierung Vogels ablehnen wird.

Die deutschen Flugplätze. Der deutschen Regierung ist ein Beschluß der Botschafterkonferenz vom 25. Dezember mitgeteilt worden, der Bestimmungen über die deutschen Flugplätze in den Rheinlanten und in der neutralen Zone enthält.

Im Hauptausschuß des Reichstages gab Reichsminister Koch Auskunft über den Stand der im Ministerium auszuarbeitenden Gesetze. Danach ist das Reichsschulgesetz fertig gestellt und wird in der nächsten Zeit dem Kabinett und alsdann dem Reichstag zugehen. Dasselbe trifft beim Jugendwohlfahrtsgesetz zu. Das Gesetz gegen die Schmutz- und Schundliteratur ist in der Bearbeitung abgeschlossen, der erste Entwurf des Referenten liegt vor. Das Fortbildungsschulgesetz ist in Vorbereitung.

Der Ausschuß für auswärtige Angelegenheiten trat Dienstag zu einer Sitzung im Reichstag zusammen. Der Reichskanzler und der Minister des Aeußern waren anwesend. — Der letzte Notenwechsel mit der Entente und insbesondere die oberschlesische Frage wurden erörtert. Die Verhandlungen waren vertraulich. Es bestand unter den Parteien Uebereinstimmung darin, daß die gegenwärtigen Verhältnisse in Oberschlesien und das eben veröffentliche Abstimmungsreglement alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages in einer Vollsitzung zum Gegenstand einer öffentlichen Aussprache gemacht werden soll. Die nächste Sitzung wird voraussichtlich zum 20. oder 21. Januar einberufen werden.

Auflösung der Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene. Durch Erlaß des Reichskanzlers vom 7. Dezember 1920 ist die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene aufgelöst worden. Geschäfte gehen auf den Reichsabwicklungskommissar über. Die Angelegenheiten der aus dem Ausland in Deutschland eingetroffenen Zivilgefangenen werden dem dem Reichsministerium des Innern unterstellten Reichskommissar für Zivilgefangene und Flüchtlinge übertragen.

Auslands-Rundschau.

Die französische Heeresvorlage. Im Kriegsministerium arbeitet man augenblicklich an der Heeresvorlage, die binnen kurzem der Deputiertenkammer vorgelegt werden soll. Die Vorlage will die Anzahl der Offiziere auf 30 000 festsetzen.

Die französische Beamtenwirtschaft. Der Senat verlangt Ersparnisse in dem Personal der Obersten Verwaltung und der Beamtenschaft überhaupt. Früher zählte man 10 Ministerien, heute besitzen sie 117 Palais und Hotels. Die Beamtenschaft ist auf 1 bis 1½ Millionen gestiegen, das macht mit der Familie 5 bis 6 Millionen Personen, die vom Staate ernährt werden.

Ein französisch-spanisches Wirtschaftsabkommen. Wie der „Temps“ meldet, beabsichtigt die französische Regierung ein Parlamentsmitglied mit einer außerordentlichen Mission in Madrid zu betrauen, um dort über ein französisch-spanisches Wirtschaftsabkommen zu verhandeln. Es handelt sich um finanzielle und kommerzielle Beziehungen, die zwischen den beiden Staaten konsolidiert werden müssen, weil der Handelsvertrag gekündigt wurde und ein Einverständnis über die Rückzahlung des von Spanien an Frankreich im Jahre 1918 bewilligten Kredite erfolgen müsse.

Halle und Umgebung.

Halle, den 12. Januar 1921.

Die Reichstagsabgeordnete Frau Dr. Gertrud Bäumer spricht, wie in der gestrigen Abendnummer unseres Blattes bekanntgegeben wurde, am Sonnabend, den 15. Januar, abends 8 Uhr, im großen Thaliasaal über „Der Wiederaufbau des deutschen Volkes“. Es ist dem Vorstande des hiesigen Deutsch-demokratischen Vereins als Verdienst anzurechnen, daß er diese bekannte und hervorragende Führerin deutscher Frauenbewegung zu einem Vortrage in Halle gewonnen hat. Aber nicht allein die Frauen werden ein starkes Interesse an diesem Vortrage haben, sondern auch die Männer aller Parteirichtungen werden sich dem Banne der Bedeutung einer Dr. Gertrud Bäumer auf dem politischen Gebiet nicht entziehen können und gern die Gelegenheit wahrnehmen, die einstige Mitarbeiterin des verstorbenen D. Naumann hier in Halle sprechen zu hören. Dr. Gertrud Bäumer gehörte vor dem Reichstag bereits der Deutschen Nationalversammlung als Mitglied an. Sie ist die Leiterin des sozialpädagogischen Instituts in Hamburg und seit vorigem Jahre auch Ministerialrätin im Reichsministerium des Innern. Es dürfte zweckmäßig sein, sich rechtzeitig Eintrittskarten zu dieser bedeutungsvollen Versammlung im Vorverkauf zu sichern. Diese Karten werden in der Geschäftsstelle Leipziger Straße 21 und in der Filiale der Saale-Ztg., Große Ulrichstr., zu 1 Mark ausgegeben.

Bei der Gewerbegerichtswahl entfielen auf die Liste der vereinigten bürgerlichen Arbeitgeberverbände 29 Sitze, und auf die sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft 1 Sitz. Die von dem Christlichnationalen Gewerkschaftskartell aufgestellte Liste erhielt 2 Mandate und die Liste des sozialdemokratischen Kartells 28 Mandate.

Heraufsetzung der Vorlesungsgebühren. Nach zuverlässigen Meldungen plant der preußische Finanzminister eine Heraufsetzung der Vorlesungsgebühren an den preußischen Hochschulen von 8 Mk. auf mindestens 25 Mk. für die Wochenstunde. Schon jetzt besteht bei den hohen Kosten für Lehrmittel, Verpflegung, Unterkunft usw. die starke Gefahr, daß die minderbemittelten Schichten des Volkes, vor allen Dingen der schwerleidende Mittelstand, ihre Söhne nicht mehr studieren lassen können. Eine derartige Erhöhung der Vorlesungsgebühren würde verhängnisvolle Folgen für die Studentenschaft und letzten Endes auch für die deutsche Wissenschaft nach sich ziehen. Es ist zu erwarten, daß sich Professoren und Studenten, das preußische Kultusministerium und die Landesversammlung gegen diese hochschulzerstörenden Pläne des Finanzministers wenden.

Der Beginn der Jagdschonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhennen ist vom Bezirksausschuß auf den 18. Januar festgesetzt.

Zugunsten notleidender Studenten. Wie wir erfahren, hat der „Weltbund der Christlichen Studentenvereinigungen“ bei seiner Tagung in Genf im August v. J. beschlossen, zugunsten der notleidenden Studenten des europäischen Festlandes in den 42 dem Weltbund angeschlossenen Staaten eine Sammlung zu veranstalten. Da die Sammlung bereits jetzt eine beträchtliche Höhe erreicht hat und noch fortgesetzt wird, kann auch die deutsche Studentenschaft durch Lieferung von Lebensmitteln, Gewährung von Freitischen und Bereitstellung von Bekleidungsgegenständen unterstützt werden.

Die Südgrenze Oesterreichs. Wir weisen noch einmal hin auf den vom Verein für Erdkunde, dem Altdeutschen Verband und dem Verein für das Deutschtum im Auslande veranstalteten Abend, bei dem Herr Professor Dr. Sieger aus Graz über die Südgrenze Oesterreichs sprechen wird. Der Vortrag findet Dienstag, den 11. Januar, abends 8¼ Uhr im Großen Hörsaal der Universität statt.

Sächsisch-thüringischer Verein für Erdkunde. Der Vorsitzende, Professor Schlüter, wird an den sieben Montagen vom 17. Januar bis zum 28. Februar eine Reihe von allgemein belehrenden Vorträgen über das Weltmeer, die Meeresküsten und die Linien des Seeverkehrs halten (s. T. mit Lichtbildern). Die Vorträge finden abends 8¼ Uhr im Hörsaal XVII der Universität statt. Am 17. Januar werden Lage und Gestalt des Meeresbecken besprochen. Der Eintritt ist für Mitglieder gegen Vorzeigen der Mitgliedskarte unentgeltlich. Von Nichtmitgliedern wird zum Besten der Vereinskasse ein Beitrag von 1 Mark für den einzelnen Vortrag und 6 Mark für die ganze Reihe von 7 Vorträgen erhoben. Karten im Geschäft von Hempelmann und Krause, Kleinschmieden 5, oder am Saaleingang.

Der Gartenbau-Verein Halle (Vors.: Prof. Dr. P. Holdefleiß) hat Generalversammlung am Mittwoch abend 8 Uhr im Vereinshaus St. Nikolaus.

Die evangel. Kirchenmusik-Beamten von Halle haben sich zu einem Ortsverein zusammengeschlossen, der sich dem Provinzialvereine und dadurch dem Landesverband evangelischer Kirchenmusiker in Preußen anschließt. Dem Vorstande des Ortsvereins gehören an: Organist Henkel (Vorsitz), Organist Rebling (Kassierer), Kantor Burghardt (Schriftführer).

Politisches. „Ick pfeif' uf den Bolschewismus — wo willste denn da mal klauen, wenn keener wat hat.“

Familien-Nachrichten

Geboren: Albert Jacob, Halle (S.).

Verlobte: Ida Haring, Nienberg — Paul Michel, Dessau. Gertrud Arold — Theodor Lühr, Halle. Margarete Magslit — Walter Saß, Halle.

Vermählte: Gust. Otto Kevel, Halle — Emmy Ziege, Preuß.-Wönecke. Rudolf Schneider, Hohenlimburg — Martha Denkewitz, Halle.

Gestorben: Destillateur Stanislaus Smigielski, Halle (73 J.). Stellmachermeister Bruno Ritter, Wansleben (47 J.). Frau Therese Wicht geb. Fricke, Halle (58 J.). Frau Rentiere Ida Siebicke geb. Küchler, Spören 75 J.). Bergarbeiter Valentin Exel, Halle (34 J.). Eisenbahnbeamter a. D. Friedrich Heinrich, Halle (59 J.). Irma Pasch, Radewell (10 J.).

Provinzial-Nachrichten.

 # Gerbstedt, 11. Jan. (In der Stadtverordnetensitzung) wurde zunächst zur Wahl des Bureaus geschritten. Gewählt wurden die Herren Trümpler zum Vorsteher, Grasemann zum Stellvertreter, Breitenbach zum Schriftführer und Tachen zu dessen Stellvertreter. — Der alte Sparkassenvorstand, dem außer dem Bürgermeister als Vorsitzenden die Herren Hampel, Tache, Mülle und Nitze angehören, wurde einstimmig wiedergewählt. Zur Unterstützung von Kriegshinterbliebenen wurden 1000 Mark und zur Unterstützung sonstiger hilfebedürftiger Einwohner (Witwen usw.) 2000 Mark aus städtischen Mitteln bereitgestellt. Beschlossen wurde die Wiedererhebung der Wertzuwachssteuer (des sog. Reichsanteils). Angenommen wurde weiter die vom Magistrat vorgelegte neue Vergnügungssteuer-Ordnung. Letztere sieht in erster Linie die Entrichtung einer Kartensteuer und den dadurch bedingten Zwang zur Ausgabe von Eintrittskarten, ganz gleich in welcher Form, vor. Die Besteuerung der Tanzvergnügen soll sich sortan nach der Größe des Tanzsaales richten. — Auf den schließlich noch eingebrachten Dringlichkeitsantrag wurde beschlossen, von der Veröffentlichung von amtlichen Bekanntmachungen der städtischen Verwaltung in der in Eisleben erscheinenden „Mansfelder Volkszeitung“ die Folge Abstand zu nehmen. Dagegen stimmten nur vier Vertreter.

† Frankfurt, 11. Jan. (Der Ehrenbürger unserer Stadt,) Bergwerksbesitzer Dr. jur. Herbert Bennicke, ist gestern im 63. Lebensjahre verstorben.

† Gardelegen, 11. Jan. (Das Postflugzeug) D 33, das gestern vormittag um 10 Uhr in Berlin-Johannisthal aufgestiegen war und sich auf der Fahrt nach Braunschweig befand, ist um 11.30 Uhr bei dem herrschenden Sturm über dem Meteritzer Forst abgestürzt. Das Flugzeug ist total zertrümmert, der Führer war sofort tot.

— Arnstadt, 10. Dezember. (Ein Fall von eigenartiger Ehrlichkeit,) wie er in unseren Tagen wohl einzig dastehen dürfte, kam durch einen beim hiesigen Magistrat eingegangenen Brief aus Weißenfels an das Tageslicht. Darin schreibt der Absender: „Beiliegend sende ich 30 Mk., welche Sie demjenigen alter Mann aushändigen wollen, der im Sommer 1874 in der dortigen Firma Liebmann & Kiesewetter als Bote in Beschäftigung stand. Den Namen kenne ich nicht. Lebt er nicht mehr, dann bitte an seine Nachkommen zu zahlen, eventl. für Armenzwecke zu verwenden. Zur Aufklärung folgendes: Mit dem Zuge von Erfurt kommend, eines Tages im Sommer 1874, fand ich auf dem Bahnhofe in Arnstadt einen Zehntalerschein. Wie ich nachher erfuhr, als der Mann im Wartesaale nachtragte, war er Verlierer. Ich gab ihm aber den Schein nicht zurück, da ich selbst in der Klemme saß, auch bis heute noch nicht zu Barmitteln gekommen bin. Es hat mich aber immer beunruhigt, und ich hatte immer die Absicht, den Schein dem Verlierer wieder zuzustellen. Heute bin ich nun in die Lage gekommen, meinen Vorsatz auszuführen. Vielleicht schicke ich auch noch die Zinsen. Hochachtend: ein alter Mann.“ Dem Schreiben lag ein Briefumschlag, die vorerwähnten 30 Mk. enthaltend bei. Nach 46 Jahren wollte der damals glückliche Finder ein altes Unrecht wieder gutmachen, doch er kam zu spät, denn der in Frage kommende Bote hat zwanzig Jahre nach diesem Vorfall das Zeitliche gesegnet. Da er keine Nachkommen hatte, wurde das Geld seinem hier wohnhaften Pflegesohne ausgehändigt.

 # Gotha, 10. Jan. In der jüngsten Stadtverordnetensitzung gab der Oberbürgermeister bekannt, zu welchen Ergebnissen die Steuerausschüsse bei der Suche nach neuen Steuern gekommen sind. Die Besteuerung der Hausangestellten wurde abgelehnt. Die Vorlage betr. Wohnungsluxussteuer ist zurückgezogen, wird aber wieder vorgelegt werden; von einer Fremdensteuer sei abzusehen. Eine Fenstersteuer sei unsozial. Von der Besteuerung der Wasserklosetts wurde abgesehen. Für eine Klaviersteuer war der Stadtrat nicht zu haben. Luxuspferde sind kaum vorhanden. Gegen die Katzensteuer sprechen mannigfache Gründe. Eine Hundesteuer ware unsozial. Der Stadtrat hat seinen Erfindungsgeist angestrengt ohne besonderen Erfolg.

§ Braunschweig, 11. Jan. (Kommunistenführer und Räuberhauptmann.) Unter dem dringenden Verdachte, an dem Raubüberfall auf das Braunschweigische Landespostamt beteiligt zu sein, wurde der Kommunistenführer Otto Beyer aus Hann.-Münden verhaftet. Die in Braunschweig erscheinende „Niedersächsische Arbeiterzeitung“ erklärt sich mit den des Raubes verdächtigen Personen solidarisch und nennt die Verhaftungen nur ein Mittel, um politisch unliebsame Elemente zu beseitigen.

Kunst und Wissenschaft.

Paul Kießling †. Der bekannte Dresdner Maler, Geh. Hofrat Paul Kießling, Ehrenmitglied der Dresdner Kunstakademie und zahlreicher anderer Körperschaften, ist an den Folgen eines Unfalles, 85 Jahre alt, gestorben.

Kein hannoverscher Generalintendant. Die Nachricht, daß der Intendant des Altenburger Landestheaters, Berg-Ehlert, als Generalintendant nach Hannover berufen worden sei, bestätigt sich nicht. Die Leitung des Opern- und Schauspielhauses ist vielmehr von der Stadt Hannover bis auf weiteres dem Direktor Pfahl für den geschäftlichen Teil, den Oberregisseur Dr. Rosenecke für das Schauspiel, dem Oberregisseur Hofmüller und dem Kapellmeister Lert für die Oper übertragen worden.

Vermischtes.

Das Straßburger Kaiserschloß und die Hohkönigsburg französisches „Nationaleigentum“. Aus Straßburg wird gemeldet: Der Kommissar für das Elsaß erklärte das frühere Kaiserschloß und die Hohkönigsburg als Nationaleigentum des französischen Staates.

Mord. In Kaiserslautern, auf dem Barbarossawerk der Gebrüder Pfeiffer, wurde, wie die Pfälzische Presse meldet, auf Direktor Witten ein Schuß abgegeben. Witten wurde ins Herz getroffen und war sofort tot. Der Täter, der frühere Meister Leidig, der bei dem letzten Streik eine führende Rolle spielte und einen kaufmännischen Angestellten durch tätlichen Angriff von der Arbeit zurückgehalten hatte, weshalb er aus dem Werk entlassen worden war, gab nach der Tat auf sich selbst drei Schüsse ab, wodurch er so schwer verletzt wurde, daß er alsbald verstarb.

Die Verhaftungen des Ehepaars Franz. Auf Antrag des Staatsanwalts ist die Voruntersuchung gegen den Ingenieur Ewald Franz und seine Frau in Berlin unter dem Verdacht des gemeinschaftlichen Verbrechens der wiederholten versuchten und vollendeten Notzucht eröffnet worden. Als Untersuchungsrichter fungiert Landgerichtsrat Amende, der am Sonnabend die Ueberführung der Franzschen Eheleute in das Moabiter Untersuchungsgefängnis angeordnet hat. Vom Verteidiger der Fschen Eheleute ist der Antrag gestellt worden, den Ehemann F. in erster Linie auf seine Haftfähigkeit zu untersuchen und ferner einen Psychiater hinzuziehen, da F. offenbar, wie seine ganze Krankengeschichte bestätige, ein schwer pathologischer Mensch sei.

Verschleppung junger Mädchen. Die Karlsruher Morgenblätter berichten, daß in den letzten Tagen in der Altstadt und in mehreren Vorstädten von Karlsruhe der Versuch gemacht wurde, junge Mädchen in Automobilen zu verschleppen. Wie verlautet, sollen hierbei französische Agenten im Spiele sein.

Interdikt über das Kloster Carmel. Wie der „Elsässer“ erfährt, hat der Heilige Stuhl das Interdikt über das Kloster Carmel von Martenthal bei Hagenau verhängt. Diese Maßregelung ist erfolgt auf die Angaben einiger ausgewiesenen deutschen Nonnen hin, die dort peinliche Dinge ausgedeckt hatten. Infolgedessen ist den Katholiken jeder Verkehr mit Carmel verboten.

Ein Aufsehen erregender archäologischer Fund. Wie der „Temps“ mitteilt, haben Ausgrabungen in Serri (Provinz Cagliari) zu der Entdeckung eines vollständigen Tempels aus der mykenischen Epoche geführt. In wissenschaftlichen Kreisen wird dieser Fund für die bedeutsamste archäologische Entdeckung gehalten, die seit Freilegung des Forum Romanum in Italien gemacht worden ist.

Wo ist der Dieb? Der zuletzt in einem Hamburger Bankgeschäft tätig gewesene Angestellte Adolf Schimmel hatte von Hamburg aus an eine Berliner Bank einen gefälschten Auftrag seiner Firma auf Auszahlung von 400 000 Mark geschickt und diese Summe in Berlin abgehoben. Auf seine Ergreifung ist eine Belohnung von 5000 Mark ausgesetzt und eine entsprechende für die Wiederbeschaffung des Geldes.

Eine ganze Familie verbrannt. Bei einem Brande in der Schokoladenfabrik Köln-Mühlheim ist eine ganze Familie einem entsetzlichen Schicksal zum Opfer gefallen: Ein im Fabrikgebäude wohnender Angestellter ist mit Frau und Kind in den Flammen umgekommen.

Eisenbahnunglück bei Aachen. Auf dem Aachener Hauptbahnhof löste sich von einem nach Belgien abgehenden Güterzug ein Wagen. Die folgenden 42 Wagen stürmten sich hoch auf und wurden völlig zertrümmert. Durch den Unfall sind zwei Menschen getötet und mehrere Bahnwärter schwer verletzt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210112017/fragment/page=0002

Sport der „Saale-Zeitung".

Die Frage der voraussichtlich startenden Pferde

ist für die deutschen Rennen von jeher leider eine sehr prekäre gewesen, nicht nur für die Zeitungen, sondern auch für die Wettannahmestellen im Reiche. Auf der Delegierten-Versammlung in Berlin schnitt jetzt der Vertreter des Münchener Renn-Vereins diese überaus wichtige Frage an und forderte in Zukunft für alle Fälle unbedingt eine offizielle Angabe der Starter seitens der Besitzer bzw. der Trainer abends oder zwei Abende vor dem Renntage. Man verlangte also die Nachahmung des korrekten französischen Systems. Ganz abgesehen von den gewaltigen Vorteilen und der Vereinfachung des ganzen Apparates für die Wettannahmestellen hätten die Sportzeitungen und damit unser Rennbahnpublikum daran das größte Interesse. Um endlich zu korrekten Starterlisten auch in Deutschland zu kommen, muß der späte Meldetermin unbedingt überall eingeführt werden, so wie ihn die Berliner Renn-Vereine bereits unter dem Namen „Streichungstermin" drei bzw. vier Tage Tage vor dem Renntag allgemein schon haben. Aber der Preis von 10 Mk. ist zu niedrig. Die Nachzahlung beim letzten Meldetermin muß mindestens 30 bis 50 oder auch 60 Mk. betragen, und das wie bereits gesagt, mindestens drei Tage vor dem Rennen. Köln und Aeuß haben bereits eine solche Einrichtung und hierin ist der Westen den übrigen Plätzen des Reiches voraus. Da Pferde, für die diese letzte Meldezahlung nicht geleistet wird, automatisch die Teilnahmeberechtigung an dem betreffenden Rennen verlieren, so muß jeder Stall den Termin berücksichtigen. Es würden also tatsächlich nur die Pferde im Rennen bleiben, die auch ernstlich dafür in Frage kämen. Die allenthalben bisherigen Programme von 40 Pferden, von denen in Wirklichkeit oft kaum ein halbes Dutzend läuft, würden verschwinden, und wir kämen auf ein Programm mit acht bis zehn Pferden, die dann aber auch alle fast am Start erscheinen.

Die oberste Rennbehörde könnte schließlich noch ein weiteres tun. Sie müßte eine Verfügung erlassen, die allen Trainern, Besitzern, überhaupt den Ställen, die Verpflichtung auferlegt, der Presse auch richtige Informationen zu geben. Nachgewiesene Unrichtigkeiten betreffs der Starter, die nicht begründet werden können, müßten seitens der Sportpresse der Obersten Behörde gemeldet und von dieser entsprechend, und zwar nicht zu milde, bestraft werden. Dann würden die Fachzeitungen und das Publikum, das doch das Geld auf die Rennbahnen trägt und daher berechtigten Anspruch auf korrekte Starterlisten hat, auch wirkliche Anhaltspunkte haben. Das bisherige Rätselraten bei den Voraussagen würde aufhören, da man nicht mehr wie bisher mit soundso vielen Unbekannten zu rechnen hätte. Und auch der Staat würde dabei besser fahren, da sich der Wettumsatz in den Annahmestellen bedeutend erhöhen würde.

Die Wahlversammlung der D. S. V. f. A.

Das Programm für die Anfang Februar in Frankfurt am Main stattfindende Wahlversammlung der Deutschen Sportbehörde für Athletik ist diesmal ziemlich umfangreich, so daß dafür mehrere Tage vorgesehen sind. Den Beginn macht die Sitzung des Technischen Ausschusses am 4. Februar vorm. 10 Uhr, die den ganzen Tag und auch den nächsten Vormittag wegen der völligen Neuberatung der Wettkampfbestimmungen in Anspruch nehmen dürfte. Am Sonnabend vormittag, den 5., tritt der Vorstand zusammen, während die eigentliche Wahlversammlung nachmittags 3 Uhr beginnt. Diese dürfte sich ebenfalls lange hinziehen und den Sonntag überdauern, da außer anderen wichtigen Punkten gänzlich neue Satzungen vorliegen, die dazu geschaffen sind, um der Behörde eine festere Gestalt zu geben. Vor allem soll doch diesmal, wie im vorigen Jahre in Halle beschlossen, das Stimmrecht neu geregelt werden.

Die Tabelle der ersten Klasse im Saalegau hat gegenwärtig folgendes Aussehen:

	gesp.	gew.	unentsch.	verl.	Punkte	Tore
Olympia*	11	8	1	2	17	30:14
Komet	9	7	1	1	15	22:3
Hohenzollern Merseb.*	10	6	3	1	15	30:11
Eintracht	9	6	—	3	12	28:20
Sportbrüder	10	6	—	4	12	18:14
Halle 1910*	11	5	2	4	12	30:25
Spielv. Nietleben*	11	4	2	5	10	17:30
Ammendorf 1910	10	4	1	5	9	15:17
Preußen Merseburg	11	3	1	7	7	16:25
Wader Zörbig	10	1	1	8	3	12:27
Sportv. Halle	11	1	—	10	2	13:44

*) schwebt noch Protest.

Handel, Gewerbe und Verkehr.

Vom Zuckermarkt.

Nh. Die erste Woche des neuen Jahres hat den deutschen Rohzuckermärkten erneute Belebung des Geschäftsverkehrs gebracht. Die Veranlassung zu der Entstehung größerer Rührigkeit ist die neue Freigabe von Rohzucker zur Lieferung an die Raffinerien. Die zu zahlenden Preise für Erzeugnisse (Lieferung im Januar) sind nach den gesetzlichen Bestimmungen um 2½ M. für den Zentner höher als der in den vier Betriebsmonaten September bis Dezember 1920 geltende Preis von 210 M., betragen also jetzt 212½ M. für den Zentner, Grundlage Magdeburg. Die rechnerische Unterbringung des aus der neuen Freigabe stammenden Rohzuckers vollzieht sich mit Hilfe der Fabrikvertreter wie fast immer schnell und reibungslos. Den Rohzuckerfabriken liegt daran, die zu Lager genommene Ware möglichst schnell zu räumen, und auch die Raffinerien haben ein Interesse daran, die Rohware möglichst schnell in ihren Besitz zu bekommen. Deshalb werden auch die Ablieferungen nach Möglichkeit beschleunigt, soweit dies unter den obwaltenden Beförderungsverhältnissen mit der Eisenbahn und auf dem Wasserwege tunlich ist. Hoffentlich gelingt es, einen Ausstand der Eisenbahner zu vermeiden; im anderen Falle, selbst bei einem Streik von kürzerer Dauer, würden viele Raffinerien aus Mangel an Rohware gezwungen sein, Unterbrechungen in der Verarbeitung des Rohzuckers eintreten lassen zu müssen. Die Verarbeitung des Zuckers auf dem Wasserwege kann infolge der Vollschiffigkeit der Wasserstraßen kloit vor sich gehen, zumal es auch an Kahnraum nicht fehlt. Die wenigen Rübenzuckerfabriken, die sich noch in Tätigkeit befinden, dürften die Rübenverarbeitung binnen kurzem beenden können.

Am Raffinademarkte beginnt sich das Geschäft wieder zu beleben. Verschiedentlich hat noch die Einlösung bereits vorgelegter Bezugsscheine zu erfolgen, und neue Bezugsscheine werden den Raffinerien demnächst laufend zugestellt werden. Die Abfindungen gehen sowohl von Gemeindeverwaltungen als auch von den Zucker verarbeitenden Gewerben aus. Die Verarbeitung der Rohware zu Verbrauchszucker auf den Raffinerien geht im allgemeinen glatt vonstatten. Alle Raffinerien dürften diesmal in der Lage sein, 30—40 Proz. mehr Rohzucker zur Verarbeitung bringen zu können, als im vorangegangenen Betriebsjahre.

In Zuckermelasse fanden verhältnismäßig beträchtliche Umsätze zu bestehenden Preisen statt. Wenn auch die Nachfrage für Fütterungszwecke ziemlich gering blieb, so bestand doch guter Bedarf für Zwecke der Hefe- und Spiritusbereitung, wodurch das im allgemeinen nicht sehr reichliche Angebot glatt aus dem Markte genommen wurde.

Die neuen Rübenabschlüsse gingen auch weiter nur langsam vor sich, bedingt durch der Unsicherheit darüber, ob die staatliche Bewertschätzung des Zuckers in ihrer jetzigen Form auch im nächsten Betriebsjahre noch aufrechterhalten wird oder nicht.

Herabsetzung der Zuckerpreise in der Schweiz. Mit Wirkung vom 1. d. M. ab ist in der Schweiz der Zuckerpreis um 30—40 Rappen für das Kilo je nach Sorte herabgesetzt worden. Die neuen Höchstpreise im Kleinhandel betragen für Javakristallzucker 1,70 Frank, Raffinadekristallzucker 1,80 Fr., Würfelzucker, Grießzucker und Stoßzucker in ganzen Stücken 1,85 Fr., Stangen- und Stabzucker 1,90 Fr., Würfelzucker aus Stücken 1,95 Fr., Pakewürfel- und Würfelzucker aus Kisten 2 Fr.

A. Wolf A.-G. in Magdeburg-Buckau. Die Kurssteigerung der Aktien im freien Verkehr an der Berliner Börse wird dort, wie die „Magdeb. Ztg." erfährt, damit erklärt, daß Fusionsverhandlungen mit der Maschinenfabrik Buckau A.-G. in ein erfolgversprechendes Stadium getreten sein sollen.

Weitere Ausdehnung der Engelhardt-Brauerei in Schlesien. Nachdem die Engelhardt-Brauerei in Berlin erst vor wenigen Tagen die Angliederung der Breslauer Union-Brauerei beschlossen hat, ist sie jetzt im Begriff, die Schlesische A.-G. für Bierbrauerei und Malzfabrikation in Landeshut i. Schl. zu erwerben. Für je nom. 2000 Mk. Aktien der Schlesischen A.-G. für Bierbrauerei und Malzfabrikation mit Dividendenschein für 1920/21 sollen die nom. 1000 Mk. Stammaktien der Engelhardt-Brauerei mit Dividendenschein für 1920/21 gewährt werden.

Bachmann & Ladewig Akt.-Ges. Chemnitz. Die Gesellschaft hat die Stoffdruckerei von Paul Salomon in Berlin-Niederschöneweide käuflich erworben. Das Unternehmen ist in allen Abteilungen voll beschäftigt. Wie wir hören, erwägt die Gesellschaft zur weiteren Verstärkung ihrer Betriebsmittel eine neue Kapitalsvermehrung, nachdem erst im Dezember das Kapital der Gesellschaft von drei auf sechs Millionen Mark verdoppelt worden ist.

Verein der chilenischen Salpetererzeuger. Nach einer Meldung des Hollandisch Nieuwsbüros wurde in Chile ein Verein der Salpetererzeuger gegründet, der 48 Prozent der chilenischen Salpetererzeuger umfaßt. Der Zweck ist die Einschränkung der Erzeugung und die Festsetzung der Preise für Salpeter bis zum Januar 1924.

Heranziehung der Leibrenten zur Kapitalertragsteuer. Eine auf Grund eines Gutachtens des Reichsfinanzhofs am 30. 12. 20 ergangene Verordnung bestimmt: Da die Versicherungsgesellschaften die notwendigen Einzelberechnungen nicht sogleich durchführen können, ohne Gefahr zu laufen, für die nächste Zeit ihren Geschäftsbetrieb ins Stocken zu bringen, wird auf Grund des § 444 Abs. 4 der Reichsabgabenordnung für das Kalenderjahr 1921 bestimmt, daß von jedem zur Auszahlung gelangenden Leibrentenbetrag 2 Proz. als Kapitalertragssteuer einzubehalten und abzuführen sind.

Vereinsbank in Hamburg. Der Aufsichtsrat beschloß, mit Rücksicht auf die erhebliche Ausdehnung aller Geschäftszweige, das Grundkapital um 25 Mill. auf 75 Mill. Mark zu erhöhen. Den alten Aktionären soll auf je 2000 Mark alte Aktien eine neue Aktie zu 1000 Mark mit Dividende für 1921 zum Kurse von 150 Prozent bei sofortiger Vollzahlung angeboten werden. Die Verwaltung teilt mit, daß das Ergebnis des verflossenen Jahres recht befriedigend ist.

Preßkohlenwerke, A.-G. in Chemnitz. Der Aufsichtsrat beantragt eine Dividende von 18 (i. V. 15) Proz. Ferner wird eine Erhöhung des Grundkapitals um 500 000 Mark durch Ausgabe sechsprozentiger Vorzugsaktien vorgeschlagen.

Produktenmarktpreise.

Berlin, 11. Januar.

Nichtamtliche Ermittelungen per 50 kg. ab Station.

	Heute	Gestern
Speiseerbsen, Viktoriaerbsen	190—210	200—215
„ kleinere	165—170	170—175
Futtererbsen	148—158	150—160
Linsen	—	—
Peluschken	139—143	140—145
Ackerbohnen	155—157	155—158
Wicken	130—137	130—140
Lupinen, blaue	63—68	65—70
„ gelbe	73—83	75—85
Seradella, alte	65—85	70—85
„ neue,	65—85	70—85
Raps	365—362	350,00
Rübsen	5—10	5—10
Leinsaat	320—330	320—330
Mohn	—	—
Senfsaat	—	—
Hirse, inländisch u. ausländisch	—	—
Trockenschnitze	70—75	70—75
Torfmelasse	58—60	58—60
Weizenkleie, lose	32—34	33—35
Kleekorn	—	—
Stroh, drahtgepreßt	21—22,00	21,00-22.00
„ gebündelt	20,00—21	20,00—21
Roggen-Langstroh	—	—
Mais oko Hamburg, Bremen	—	—
„ per Jan.	163	165
Kartoffeln, sortiert	—	—
Reis, frei Kaiwagg. Hamburg per 1 kg	—	—
Brasilien, Bollreis per	—	—
Burmareis, 14 tägig per	—	—
Saigonreis, per loko	—	—
Runkelrüben	8,50—9,50	9,00—10,50
Möhren, rote	—	—
„ gelbe und weiße	—	—

Leipziger Effektenkurse.

Leipzig, den 11. Januar 1920.

Chemnitzer Bankverein	202,50	Manstelder Kuxe	5210,00
Leipziger Hypoth. Bank	155,00	Oelsnitzer Kuxe	980,00
Mitteld. Privatbank	214,00	Pittler, Leipzig	480,00
Cröllwitzer Papierfabk.	425,00	Prehlitzer Stamm-Akt.	—
Glauziger Zuckerfabk.	—	„ Priorit.-Akt.	2000,00
Gr. Leipziger Straßenbahn	150,00	Riebockbier	220,00
Hallesche Zuckerraff.	449,00	„ Vorzugs-Akt.	116,00
„ Zementfabk.	235,00	Rositzer Zuckerraff.	410,00
Hugo Schneider, Paunsd.	398,00	Rudelsburger Zementfabk.	—
Körbisd. Zuckerfabk.	—	Sachsenwerk	410,00
Leipziger Kammgarnspinnerei	560,00	Sondermann u. Stier	240,00
Leipziger Malzfabrik	—	Stöhr u. Co.	486,00
		Zimmermann, Halle	260,00
		Zimmermann, Chemnitz	276,50

Letzte Depeschen.

Telegraphischer Spezialdienst der „Saale-Zeitung".

Eine neue Oberschlesiennote.

Hilferuf der deutschen Regierung an die Entente.

**Berlin, 11. Januar. (Drahtnachricht.) In einer heute der Botschafterkonferenz in Paris übermittelten Note, die gleichzeitig den Regierungen in London, Paris und Rom übergeben worden ist, legte die deutsche Regierung in Ergänzung der in ihrer Note vom 4. ds. Mts. gemachten Mitteilungen eingehend die von Tag zu Tag unerträglicher werdenden Zustände dar, wie sie sich seit den blutigen polnischen Augustaufständen fortentwickelten, deren weitere Ausdehnung seinerzeit nur durch die Ruhe und Besonnenheit der deutschen oberschlesischen Bevölkerung eingedämmt wurde. Unerhörte Gewalt- und Greueltaten folgen sich in ununterbrochener Reihe. Kein Tag vergeht ohne schwere Raubüberfälle. Wohlausgerüstete Räuberbanden treten vor allem in den an Polen grenzenden östlichen und südlichen Bezirken auf und halten die friedlichen Bewohner dieser Distrikte in ständiger Unruhe und Sorge. Die Polen üben in allen nur denkbaren Formen politischen Terror. Deutsche Versammlungen werden mit Handgranaten und Gummiknütteln auseinandergejagt. Politische Mordanschläge und brutale Morde haben eine Verbreitung gefunden, wie sie wohl einzig in der Geschichte zivilisierter Völker dasteht. Nach einer Statistik haben die gemeinen Verbrechen im Bereich der Polizeidirektion Kattowitz seit Eintreffen der Interalliierten Kommission außerordentlich zugenommen. Die Anzahl der Morde ist rund um 243 Prozent, die der Raubüberfälle um 80 Prozent gestiegen. Die Zustände sind derart, daß, wenn überhaupt eine ordnungsmäßige Abstimmung stattfinden soll, mit größter Beschleunigung und äußerster Energie rücksichtslos Abhilfe geschaffen werden muß. Die besorgniserregende Lage in Oberschlesien hat ihre Ursache in der Unzulänglichkeit der Maßnahmen der Interalliierten Kommission, die trotz der ihr zu Gebote stehenden Truppen unterläßt, irgendwie energisch gegen die Verbrecher und Banditen vorzugehen und von den ihr zur Verfügung stehenden Machtmitteln zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung unparteiisch Gebrauch zu machen. Die Interalliierte Kommission hat auch die ausgezeichnete deutsche Polizei aufgelöst und an ihre Stelle mit unsicheren Elementen stark durchsetzte Polizeikräfte eingesetzt, die in keiner Weise für ihre Aufgabe taugen. Besonders in den Grenzbezirken ist es wegen der Unzulänglichkeit der Polizeikräfte unmöglich, des gemeinen, wie des nationalen Verbrechertums Herr zu werden, das die Gewißheit hat, jederzeit leicht über die Grenze zu entkommen.

(Der Schluß der Note war in der vorgerückten Nachtstunde nicht mehr erhältlich und folgt in der heutigen Mittagausgabe.)

Konferenz der Ernährungsminister.

Dresden. Am 15. Januar treten in Dresden sämtliche deutschen Ernährungsminister zusammen. Thema der Besprechung wird die Festsetzung der Mindestpreise für die Ernte 1921 sein. Ferner wird eine allgemeine Aussprache über die Ein- und Ausfuhr stattfinden. Ein besonderes Kapitel wird die Frage der Einfuhr von Rohstoffen zur Margarineherstellung bilden.

Die Einheitsfront der deutschen Eisenbahner.

Ablehnung der neuen Sätze. Warnung vor Zersplitterung.

WTB. Berlin, 11. Januar. (Drahtnachricht.) In der seit Sonntag tagenden Sitzung des erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes gelangten Entschließungen zur Annahme, die besagen: **1. Angesichts der durch die anhaltende Geldentwertung verursachten Preissteigerung auf allen Gebieten bleibt die Erhöhung des Teuerungszuschlages für die Unterbeamten und Arbeiter so erheblich selbst hinter den bescheidensten Erwartungen zurück, daß eine Beruhigung des Reichseisenbahnpersonals ganz ausgeschlossen ist. Was außerdem den besonderen Unwillen der an der Bewegung Beteiligten erregt, ist die unsoziale Abstufung der Zulagen. Der erweiterte Vorstand beschließt, die bisher im 18er Ausschuß zusammengefaßten Verbände zunächst als Einheitsfront aufrecht zu erhalten, um durch ein gemeinsames Vorgehen den unbefriedigenden Teilerfolg zu einem Ergebnis zu führen, das den Leitungen der Eisenbahnerverbände ermöglicht, die Bewegung in geordneter Weise abzuschließen. Der erweiterte Vorstand beauftragt die geschäftsführenden Vorstände des Verbandes unter Berücksichtigung der vorstehend angeführten Gründe die Verhandlungen weiterzuführen und im Bedarfsfalle auch vor dem letzten gewerkschaftlichen Kampfmittel nicht zurückschrecken. 2. Die verantwortlichen Verbandsinstanzen, Bezirksleitungen, Ortsverbände und Bevollmächtigten sind verpflichtet, sich den angekündigten Teilstreiks mit aller Energie zu widersetzen. Entsteht trotzdem irgend ein Teilstreik, so haben sie die Verpflichtung, jede Verantwortung dafür abzulehnen. 3. Der erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes legt Verwahrung ein gegen die unwahre Berichterstattung über die Verhandlungen des 18er-Ausschusses mit der Regierung, wie sie in der „Roten Fahne" geübt wird. Der erweiterte Vorstand hält die Pressehetze der „Roten Fahne" für ebenso bedenklich, als sie geeignet ist, die Einheitsfront der Eisenbahner zu zerschlagen. Er ersucht die Eisenbahner, sich durch dieses Treiben nicht beirren zu lassen und sich um so fester um ihre gewerkschaftliche Organisation zu scharen. Am 12. Januar vormittags werden Verhandlungen des 18er-Ausschusses mit den Vorständen des Allgemeinen deutschen Gewerkschaftsbundes stattfinden.**

Französisches Schulwesen im Saargebiet.

DA. Saarbrücken, 11. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Für die Kinder der im Saargebiet wohnhaften französischen Familien, der Beamten und Angestellten der Bergwerksverwaltung, der Garnison, der Zollverwaltung und der Kanzleute usw. sind eingerichtet werden: eine Mittelschule (college secondaire) in Saarbrücken, eine gehobene und eine Elementarschule (école primaire supérieure und école primaire) in Saarlouis und Elementarschulen in Neunkirchen, St. Wendel, Homburg und demnächst in Mettlach. Außerdem sind deutsche Sprachkurse für die französischen Angestellten, desgleichen französische Sprachkurse für die deutschen Beamten der Grubenverwaltung im Gange. In den Bergvorschulen ist der französische Unterricht fakultativ.

Der Temps über die französische Politik.

Paris, 11. Januar. (Eig. Drahtnachricht.) Der „Temps" schreibt, die Beziehungen Deutschlands zu Frankreich seien abhängig von der Lösung der Einwohnerwehrfrage. Er glaubt nicht, daß das Polen unlösbar sei, wenn man auf beiden Seiten dazu geneigt sei. Der „Temps" sagt wörtlich: Die französische Politik ist wie ein Schiff, das durch alle Klippen hindurch ständig den Kurs auf das Land zu richtet. Sie will mit aller Geduld zu einer deutsch-französischen Entspannung kommen, welche für den europäischen Frieden die wichtigste Voraussetzung ist.

Verantwortlich f. d. polit. Teil: Gustav Jacob-Margella; für den volkswirtschaftlichen und den örtlichen Teil sowie für Provinznachrichten: Eugen Brinkmann; für Feuilleton, Unterhaltungsbeilage: Martin Feuchtwanger; Vermischtes, Gericht usw.: Dr. Karl Baer; für Sport: Curt Graf; für den Anzeigenteil: Hans Wildt. Verlag: Saale-Zeitung G. m. b. H., Halle. Druck: Zeitungsverlag und Druckerei Otto Hendel.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210112017/fragment/page=0003

Kurs der Berliner Börse vom 11. Januar.

(Die 2 Uhr festgestellten Kurse und vollständige Vorlagskurse.)

Bankdiskont:

Reichsb. Diskont 5%, Lombardzinsfuß, rollend 5½%, Belgien 3½%, Christiania 7%, Kopenh. 7%, Helsingfors 8%, Italien 6%, London 7%, Newyork 7%, Paris 6%, Schweiz 4½, Spanien 9%, Wiener 5½, Dt.-Oest. ehg. 5%, Prag 6%, Dublin —.

Devisenkurse.

	jetziger Kurs		voriger Kurs	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Holland	292.70	294.20	292.30	293.80
Belgien			452.50	453.40
Norweg. Kr.	1178.80	1181.20	1179.20	1181.60
Dänem. Kr.	1213.70	1216.20	1223.75	1226.25
Schwed. Kr.	1498.80	1501.80	1521.20	1524.20
Finn. Mk.	216.75	217.25	234.75	235.75
It. m. Lir			260.70	261.30
Eng. St.			264.70	265.30
Amerika $			72.67	72.83
Franzö. Fr.			430.50	431.45
Südwest			1115.80	1118.15
Span. Pes.			656.00	656.00
Wien. pap.				
D.B.ab.g.	15.86	16.42	16.36	15.92
Prag	81.25	81.75	81.25	81.75
Ungarn	12.10	12.14	12.00	12.12

Deutsche Anleihen

	heut.	voriger Kurs
Reichsanl. 14.	b	99.25	99.25b
do. 15 Fdl. 1922	b	99.50	99.50b
do. 15 Ausl.	4½	99.50	99.50b
do. Kriegsanl.	4½	72.00	72.00b
do. 16. 21. 24.	4½	90.50	90.50b
Schatzanweisg. 24	5	77.50	77.50b
do.	5	77.50	77.50b
do.	3½	60.40	60.00b
do.	3	67.30	67.60b
Schutzgeb.-Anleihe	3½	74.00	73.50b
Sparprämien-Anleihe	3½	85.50	85.75bG
Pr. St.-Sch. 21	5	100.00	100.00b
do. 1. 2. 22	7½	140.00	142.00G
do. 1. 11. 22	5	98.10	97.75G
do. ausl. 1914	4	94.50	94.75b
Preuß. Konsols	4	93.80	93.80b
do. do. Stoff. A.	3½	61.75	61.75bG
do. do.	3½	58.40	55.00b
do. do.	3	52.90	52.00bG
Thür. Staats. 01	4	92.00	92.00b
Bay. St.-Anl.	4	92.50	92.25b
do.	3½	64.75	65.50b
do.	3	56.75	56.50G
do. 09. 00. 11	4	91.00	91.50bG
Hamburg St.-A.	3½	61.25	61.00G
do. St.-A. 21	4		91.50bG
Sächs. St.-Anl. 10	3	70.60	70.00b
do. Staats-Rente	3	57.25	57.00G

Stadtanleihen

	heut.	voriger Kurs
Altona	4	73.25	73.00G
Berlin 04	4	84.00	84.50bG
do. 15	4	82.50	82.00G
do. 20	3½	62.00	62.00bG
Brombg.	4	41.25	40.50b
Charlottenburg 09	4	90.75	90.00G
do. 06	4	85.25	88.00bG
Chrh. 06	4	93.60	93.60G
do. 08	4	93.60	93.60G
do. 10	4	93.60	93.60bG
Danzig	4		101.50bG
Dortmund	4	91.50	91.50G
Dresden	4	94.00	95.00G
Düsseldorf	4	86.25	86.25bG
Frankfurt a. M.	4	100.00	100.00b
do.	4	88.00	88.00b
Remscheid	4	94.25	94.25G
Königsberg 06	4		73.75bG
München	4	65.00	65.00bG
Nürnberg	4	94.75	94.25b
Posen	4	29.00	29.40b
Spandau	4	78.75	78.75bG
Stettin	4		76.75G
Stuttgart	4	98.00	98.00bG
Wilmersdorf	4	75.00	78.00bG

Preuß. Pfandbriefe

	heut.	voriger Kurs
Berliner Handw.	4	95.25	96.25b
do. neue	3½		83.75b
do. neue	3		81.50b
Berl. Hyp. Pfandbr.	4	96.75	96.75bG
Kur- u. Neum.	3½		
do. Comm.	4	99.50	99.90b
Ldsch. Centr.	4	99.00	99.00b
Pommersche	4	99.50	99.50G
Pommersche neue	4	101.00	100.30bG
Schlesische neue	4	99.50	99.50G
Schlesw.-Holst.	4	103.00	101.75G
Westfälische	4	101.00	101.50bG
Westpr. Südd.	4	98.00	98.60bG
Ldsch. Girozentr.	4½	100.-5	100.70b
Ldsch. Girozentr.	4	94.10	94.10bG
Pr. Bodencr.	4	73.00	73.25b
Pomm. Girozentr.	4	96.70	96.70b

Landschaftliche Pfandbriefe

	heut.	voriger Kurs
Augsburg		89.00	88.00b
Braunschweig			
Cellw.-Hindorf	3½	165.00	161.50G
Hamburg	4		
Oldenburg	3		173.00b
Ostmärkische	4	95.00	95.00bG

Ausländ. Anleihen

	heut.	voriger Kurs
Bosnische	b	104.60	100.00bG
Chinesische Mex.	b	399.00	399.00b
do. Gold	b	382.00	388.00bG
Mexikaner 99	b	680.00	710.00b
do. 00	4	462.00	515.00bG
Oesterr. Schatz.	4	35.25	36.50b
do. L.-A.	4	22.75	22.90b
do. Gold	4		46.75bG
do. Kronen	4	28.00	28.00bG
do. c. Rente	5		28.00bG
Portugiesen	3	169.00	167.50bG
do. 10	4	133.00	139.37bG
do. 09	4	105.50	105.50b
do. 08	4	105.50	105.50b
do. Tabak	4	103.00	104.00bG
do. 05	4	116.50	113.00bG
Türkische Adm.		88.00	91.00G
do. 06		156.00	155.00bG
do. unifiz.			184.00b
do. 08		78.00	90.00bG
do. 09		78.00	79.00bG
do. Zoll		85.00	90.00bG
do. Loose		482.00	488.00bG
Ung. Gold 13	4½	24.75	25.00b
do. 14	4½	24.50	24.50b
do. Gold	4	54.10	54.50b
do. 10	4	24.90	25.75b
do. Kronen	4	26.25	26.50b
Budapest	4½	40.00	40.00G
Lissabon	4	129.75	130.00bG
Sofia	3	110.00	108.00b
Wien. west	4	33.50	32.75b
do. Stadt	4	22.50	21.00bG

Eisenbahn-Obligationen.

		heut.	voriger Kurs
Anhalter		4	142.50	142.00b
Aussig e.		4½	122.00	120.-.00G
Ostpr. St. I. II		5		
S.-oldenb.		2½	46.00	48.00b
do.	ee	5		53.50G
do.		3½	38.00	
do.	c	4	24.25	24.00b
Danzer Stb.		5	765.00	815.00bG
Nat. Bah. Mexik.				
Tehuantp.		5	458.00	502.00b
		4½	430.00	436.00b

Eisenbahn-A. u. St.-Pr.

		heut.	voriger Kurs
Aachen-Mastr.		0	—	
do. A.-S. M. p. St.		W	—	
Baltimore		0	—	521.00b
Elektr. Hb.		5½	—	119.75b
do. 6% Vrz.		5	—	100.00
Elsenbahn-Lin.		3½	—	77.75
Halberst.-B.		0	—	83.50
Hanse-Hafbt.		0	—	68.50
Harlingen-O.-Pr.		7½	140.00	142.00
Kreisleder		0	—	
Lübeck-Büch.		5½	—	156.75
Mainzer Hy.-F.		0	—	
Niederlausitz		2½	61.75	61.75b
Oesterr.-Ung.		0	—	149.75
Pommersche		5	—	1100.00
Schantung		2	—	581.00
do. G.-S		—	—	2050.00
Westeisch.		—	—	101.25
Zschipa.-Fin.		11	206.00	—

Kleinbahn-Aktien.

		heut.	voriger Kurs
Aachener St.		0	—	90.00bG
A. E. G. Sdm.		0	—	
do. Vrz. A.		5	—	
Allgem. D. El.		0	—	95.00
do. Lok. u. St.		0	—	112.50
Danziger El.		7	—	114.87
Elektr. Hochbahn		0	—	
Elektr. u. Stadtb.		7½	0	
Große Cassel		6	0	
Hamburg Hochb.		6	—	120.00
Hamburg. St.		6	—	
Kiel. Elektr.-B.		0	—	
Kleinbahn Ges.		0	—	
Nordd. Eisenb.		5½	—	
Oberschl. Vrz.-Akt.		5½	—	
Südd. Eisenb.		5½	0	105.12
Westf. Kleinb. V.		0	—	39.00b

Kleinbahn-Obligationen.

		heut.	voriger Kurs
El. Hochb. 09/12	4½	83.00	81.00b
do. Lok. u. St.	4½	73.50	73.75bG
do. do. ult. 21	4½	86.50	85.00bG
do. do. ult. 21	4½		94.75bG
Posen	4½	96.90	96.00b
Große Berl. Str.	4½	75.50	75.50b
do. 1911	4½	75.50	75.75b

Industrie-Oblig.

		heut.	voriger Kurs
A. L. G. 9.	4½	103.75	103.75b
do. 6-13	4½	103.75	103.75b
do. 1-5	4	99.00	99.00bG
Bergmann	4½	101.00	103.00G
Berl. El. Werke	4½	96.50	96.50b
do.	4½	96.00	94.00bG
D. Uebersee	5		
Elektr. Anlagen	5	W	
do. Lieferung	5	5	100.00
do. Licht u. Kr.	5	5	100.25
do. Sdm.	5	96.75	96.50
Ges. f. elektr. U.	4½		94.50G
do. do.	4½	96.40	94.40b
do. Loewe	4½	162.90	161.00b
Hans Boden	4½	69.75	69.75bG
Siem. & Halske	4½	102.00	101.90b
do.	4½	81.90	82.50b
Siem. & Schuck.	4½	101.00	102.00bG
do. 12	4½	101.90	97.00b

Schiffahrts-Aktien.

		heut.	voriger Kurs
Argo		30	—	762.00	770.00bG
Hamb.-Südam.		0	—	389.00	375.00b
Hamburg-Am. P.		0	—	201.75	291.50b
Hansa. Dampf.		0	—		255.00bG
Hamburg Südwest		0	—		360.00
Hansa		0	—		347.00b
Hansa Dampfsch.		90	—		
Nordd. Lloyd		0	—	202.00	208.00b
Schles. Dampf		12	—	496.00	485.00b
Ver. Elbe		0	—	400.00	403.00b

Bank-Aktien.

		heut.	voriger Kurs
Bad. A. u. Bank		8½	310.00	320.00bG
Bk. f. Brau.-ind.		7	189.00	191.75b
Bank für Elektr.		8		218.00b
do.		8		212.00G
Barmer B. V.		8½	177.50	176.50bG
Bk. d. Kreditv.		9	224.00	220.00bG
Bk. f. Thüring.		8½		
Berl. Handel.		10	252.00	252.00b
do. Hyp. Bank		8½	111.00	111.75bG
Berl. Kom.		8		151.00bG
Bremer Bank		7½		175.00bG
do. Kanon. Hyp.		8	166.00	170.25bG
Centr. f. Ind.		0		
Chem. E.-V.		9	206.00	206.00b
Chem. Albert		0		
Chem. v. Heyden		9	225.00	222.00bG
Comm. Privatb.		8	199.75	199.50b
Darmst. Bank		8	192.00	
Deut. Effekten		7	159.00	161.00b
Deut. Ueberseeb.		8½	501.00	502.00bG
Dresdner Bank		8½	147.00	148.00b
Deutsch.-Asiat.		12	322.0	332.50b
do. f. Elect. Un.				
do. Gas.		7½	142.00	
do. Nation. Bk.		8		209.00b
do. Oesterr. Bk.		6	852.00	852.00b
Disconto-Ges.		10	256.00	256.50b
Dresdner Bank		9	230.00	230.00b
Ess. Kred. A.		9	202.50	206.00bG
Geth. Grünf.		0		
do. Privatbank		7½	167.50	178.00b
Hambg. H. B.		10		197.00	196.75b
Hanow. Bank		8		216.00	218.50b
Hildesh. Bank		0		
Kieler Bank		6			163.00bG
Leipz. Kreditbk.		9		188.75	188.75bG
Lüb. Komm.		7		172.00	172.00b
Lübecker Bank		7		218.00	212.25bG
Mecklbr. Bank		0			
Meininger Hyp.		0			
Mitteld. Bank		0			
Nassau. Landsb.		0			
Nat. Bk. f. Deutschl.		0			
Nordd. Bank		0			
Nordd. Grundkr.		0			
Nordd. Kredit		0			
Oberlausitzer		0			
Oldenburg. Spk.		0			
Pfälz. Bank		0			
Pfälz. Hypbk.		0			
Pos. Landsch.		0			
Pos. Prov.		0			
Reichsbank		0			
Rh. Creditbk.		0			
Rh. Hypbk.		0			
Sächs. Bank		0			
Sächs. Bodenkr.		0			
Sächs. Kreditanst.		0			
Schaffhausen		0			
Schles. Bodenkr.		0			
Schles. Bank		0			
Schles. Landsch.		0			
Schwarzb. Hyp.		0			
Südd. Bodenkr.		0			
Südd. Disc.-Ges.		0			
Thüringer Bank		0			
Ver. Bank		0			
Ver. Berl. Bank		0			
Ver. Nordb. Bank		0			
Westd. Bodenkr.		0			
Westf. Bank		0			
Württ. Notenbk.		0			
Württ. Vereinsb.		0			
Zentral-Bodenkr.		0			

Brauereien.

	heut.	voriger Kurs
Berl. Kindlbrau.		
do. St. Pr.		
Berl. Pfandhaus		
Bolle Weißb.		
Bt. Bierbra. er		
Engelhardt		
Fried. Schultheiß		
Germania		
Königstadt		
Löwenbr. Weidh.		
Löwenbrauerei		
Patzenhofer		
Schultheiß		
Schultheiß		

Industrie-Papiere.

	heut.	voriger Kurs
Aschen. Leder		
Aschen. Spinn.		
Accumul. Fabr.		
Adler Portl.		
Adl. & Schpg.		
Adlerhütte Gl.		
Ammendorf		
Anhalt. Kohle		
Ang. Bergb.		
Anker-Werke		
Annabe. St.		
Annener Guß		
Archimedias		
Arenberg Bgb.		
Arndorff Text.		
Aschaffb. Z.		
Augsb.-Nürnb.		
Bamb. & Lz.		
Bank Actt.		
Baer & Stein		
Balcke, Ma.		
Bamberg, M.		
Bast. Fabr. A.		
Bannina, M.		
Baroper Walz.		
Bast. Text.		
Bautzn. A.		
Bay. Brl.-N.		
do. Kalk. Wk.		
do. Elektr.-W.		
Bauld. Saastr.		
Bay Waldaus.		
Bay. Spinn.		
Bay. Zucker		
do. Hartstein		
do. Spez.-u. Spg.		
Bay. Wagg.		
Bedburg Wolf.		
C. P. Bamberg		
Bendix. Holz.		
Berl. Anh. Wk.		
Berl. Burger Tief		
Bergmann, Elek.		
Berl. Gub. Hut		
do. Camenthal		
do. Chemische		
do. Elektrizitätsw.		
do. Elekt.-W.		
Bauld. Saastr.		
Bes Waldaus.		
Bay. Spinn.		
Bay. Zucker		
do. Hartstein		
do. Spez.-u. Spg.		
Bay. Wagg.		
Bedburg Wolf.		
C. P. Bamberg		
Bendix. Holz.		
Berl. Anh. Wk.		
Berl. Burger Tief		
Bergmann, Elek.		
Berl. Gub. Hut		
do. Camenthal		
do. Chemische		
do. Elektrizitätsw.		
do. Elekt.-W.		
Bauld. Saastr.		
Bes Waldaus.		
Bay. Spinn.		
Bay. Zucker		
do. Hartstein		
do. Spez.-u. Spg.		
Bay. Wagg.		
Bedburg Wolf.		
C. P. Bamberg		
Bendix. Holz.		
Berl. Anh. Wk.		
Berl. Burger Tief		
Bergmann, Elek.		
Berl. Gub. Hut		
do. Camenthal		
do. Chemische		
do. Elektrizitätsw.		
do. Elekt.-W.		

Fortlaufende Notierungen.

	voriger	heutiger
Deut. Kredit	71.50	71.50
Disc. Komm.	152.00	152.00
Dresdner Bk.	147.00	148.00
Darmst. Bank	192.00	192.00
Nat. Bank	111.00	111.75
Reichsbank	166.00	170.25
Schles. Bank	111.00	111.75
Ver. Berl. Bk.	151.00	151.00
Ver. Nordb. Bk.	111.00	111.75
Westd. Bank	111.00	111.75
Württ. Notenbk.	111.00	111.75
Württ. Vereinsb.	111.00	111.75
Zentral-Bodenkr.	111.00	111.75
Westf. Bank	111.00	111.75
Württ. Notenbk.	111.00	111.75
Württ. Vereinsb.	111.00	111.75
Zentral-Bodenkr.	111.00	111.75

Kolonial-Werte

	heut.	voriger Kurs
Deutsch-Ostafr. Ges.	253.00	252.00b
Kamerun E.G.A.	100.00	146.00
do.	100 M.	146.00
Neu Guinea		153.00
Otavi Min. u. Eb.		720.00
do. Genußsch.		817.50

Verschiedene Werte

	heut.	voriger Kurs
Berl. Brauerei	71.50	71.50
Berl. Terrain	570.00	570.00
Argo Dampf	770.00	789.00bG
Dtsch. Ausstr.	3/4.00	376.00
Stamg. alent	202.50	203.50
Hbg. Südam.	389.00	375.00
Hansa	348.00	353.00
Nordd. Lloyd	2v2.75	205.75
Dtsch. Eisenh.	882.00	885.00
Essener Guß	824.00	818.00
Duisburg. Guß	388.00	388.00
Dt. Ldw. Mg.	375.00	396.00
Dt. Spinn. Ges.	381.40	375.00
Dt. Waffen	554.00	551.50
Dt. Erdöl	881.00	871.00
Nieh. Nahe	310.00	308.00
Dt. Ton- u. St.	340.00	336.00
Dt. Linoleum	370.37	370.37
Dt. Nickel	430.00	458.00
Manneswann	700.00	671.50
Dtsch. Ole-Bk.	337.00	336.75
Dtsch. Lin.-Bk.	303.75	295.25
Phönix	691.00	677.00
Rhein. Braun.	786.00	769.00
Rhein. Stahl	561.00	556.00
Rombacher	371.00	374.75
Stahl Eisenh.	787.00	775.00
Dt. Kabel	499.00	481.00
Aeg. Ot Guano	399.00	340.00
Aeg. Ot Guano	399.00	394.00
Elbf. Farben	483.00	468.00
Dt. Gelde ann.	381.00	375.00
Hoechst. Farb.	561.00	556.00
Oberschl. Koks	534.00	536.00
Alk. El. Ges.	340.00	335.00
Bergw. Elekt.	460.00	398.50
D. Waffen. El.		1050.00
D. Licht Kraft	272.00	270.00
E. Gelfenwas.	498.75	500.00
G. f. s. t. Licht.	220.00	220.00
Hirschkupfer	430.00	430.00
Kabl. Metallw.	368.50	368.00
Adl. ue. ss.	353.50	350.00
Augs. Nürnb. M.	452.20	442.00
Berl. Gubler	550.00	570.00
Bremer	242.00	242.00
Dtsch. Waffen	665.00	610.00
Dyn. w. Nobel	407.50	395.50
Hirsch Kupfer	430.00	430.00
Köln-Rothw.	420.00	425.00
Oranst. Kap.	655.00	635.00
Rheinmetall	410.00	403.00
Stett. Vulkan	371.00	355.75
Stolb. Zink	387.00	380.00
Ver. Metallw.	428.00	421.00
Ver. Aachen.	428.00	421.00
Westeregeln	1000.00	1000.00
Westf. Draht	1000.00	1000.00
Zellstoff Waldh.	1000.00	1000.00
Zellstoff-Ver.	1000.00	1000.00
Zellstoff Waldh.	1000.00	1000.00

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19210112017/fragment/page=0004